



## 200 Jahre Fahrrad

Zum Jubiläum entbrennt in Berlin ein Streit um das Radgesetz. Seite 11

Foto: 123rf/uzxphoto

## Viel Theater um Trump

Deutsche Bühnen sind vernarrt in einen dummen August. Seite 15

## Luxus nicht für alle

Das neue Kuba – zwischen Verfall und Gentrifizierung. Seite 3

Foto: Martin Funck



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 12. Juni 2017

72. Jahrgang/Nr. 134

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Eine Partei bleibt sich treu

Fabian Lambeck über das am Wochenende verabschiedete Wahlprogramm der LINKEN

Der Balanceakt zwischen Oppositions- und Regierungswahlkampf, den die LINKE zu bewältigen hat, ist weniger schwierig, seit die SPD in den Umfragen wieder weit hinter die Union zurückgefallen ist. Die Schwäche der Genossen aus dem Willy-Brandt-Haus und deren erklärter Unwille, mit einer LINKEN in eine Regierung zu treten, die an ihren friedenspolitischen und EU-kritischen Grundsätzen festhält, befreit die gerade einmal zehn Jahre alte Partei aus der Verlegenheit, sich fragen zu müssen, welche ihrer Positionen für SPD und Grüne anschlussfähig sein könnten und welche nicht.

Auch wenn Fraktionschef Dietmar Bartsch betont, dass man Kompromisse erst nach der Wahl macht: Wären die Vorzeichen andere, hätte die LINKE in Hannover weitaus heftiger diskutieren müssen. So aber kann sie halbwegs befreit und mit einem dezidiert linken Programm in den Wahlkampf ziehen. Voraussichtlich wird sie im Herbst so ziemlich genau das Ergebnis erzielen, das sie auch 2013 erreichte. Je nach Sichtweise kann man das stabil nennen oder als Stagnation kritisieren.

Es bleibt aber auch die traurige Erkenntnis, dass es der LINKEN in Zeiten wirtschaftlicher Stabilität schwerfällt, bei Wahlen mehr als ihr Stammwählerpotenzial zu mobilisieren. Diesen Stammwählern macht man nun ein Angebot, das diese nicht ablehnen können, bleibt die Partei sich und ihren Grundsätzen doch treu.

### UNTEN LINKS

Das Schöne an diesen unschönen Zeiten ist, dass es in der Politik kein **Abonnement** auf Macht mehr gibt. Hillary Clinton und Theresa May können ein Lied davon singen. Siegesgewissheit kommt eben vor dem Straucheln. Insofern ist die Warnung von CDU-Generalsekretär Tauber, seine Partei dürfe ob der glänzenden Umfragewerte nicht übermütig werden, nachvollziehbar. Jähe Wendungen sind möglich – es muss ja nicht immer nur bei einem Strohhalm wie dem von Martin Schulz bleiben. Doch zu Überschwang zeigte die Kanzlerin noch selten Neigung. Selbst am letzten großen Wahlabend im Herbst 2013 hat sie den jubelnden Parteifreunden schnell die Deutschland-Fahne aus der Hand genommen. Im Umgang mit dem bayerischen Widersacher hat sie inzwischen Übung, international ein erstaunliches Standing und ein nicht zu unterschätzendes Talent im Abtauchen daheim. Und trotzdem wird auch Merkel irgendwann ihre Meister finden. Vielleicht kennen wir sie ja schon. oer

## LINKE lässt die Kirche im Dorf

Hannoveraner Parteitag beschließt Wahlprogramm / Streit um Staatsverträge



photocase/H.-Georg Wein

Hannover. Der Umgang mit dem Verhältnis von Staat und Kirche hat beim Parteitag der LINKEN in Hannover zu einer heftigen Kontroverse geführt. Ein gegen den Willen des Vorstands mit knapper Mehrheit gefasster Beschluss der Delegierten vom Samstagabend, wonach die Staatsverträge mit den Kirchen gekündigt werden sollten, wurde am Sonntagmorgen in einer erneuten Abstimmung mit deutlicher Mehrheit wieder zurückgenommen.

Aus Parteikreisen hieß es, dass die Debatte zu diesem Punkt nicht ausreichend gewesen sei und deswegen erneut aufgerufen wurde.

Die staatliche Finanzierung der theologischen Ausbildung und Seelsorge in Bundeswehr, Krankenhäusern und Strafanstalten sollte laut dem Änderungsantrag abgeschafft werden. Der Berliner Kultursenator Klaus Lederer übte daran Kritik, weil dies auch bedeuten würde, dass er den Berliner Staatsvertrag mit der jüdischen Gemeinde kündigen müsste, der unter anderem den Schutz der jüdischen Einrichtungen in Berlin regelt.

Am Sonntag beschlossen die Delegierten das Wahlprogramm. Dafür votierte eine große Mehrheit. Im Bundestagswahlkampf fordert die LINKE eine Mindestsicherung von

1050 Euro anstelle von Hartz IV. Sanktionen soll es nicht mehr geben. Das Arbeitslosengeld I soll länger gezahlt werden. Zudem forderte die LINKE die Anhebung des Mindestlohns von 8,84 auf 12 Euro und eine Mindestrente von 1050 Euro. Kampfeinsätzen der Bundeswehr erteilte die Partei eine Absage.

Die Parteispitze zeigte sich grundsätzlich offen für eine Koalition mit SPD und Grünen. Voraussetzung hierfür sei aber, dass sich die beiden Parteien nach links bewegen. »Die LINKE will die Grundrichtung der Politik in Deutschland verändern«, sagte Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht. nd Seite 2

## Druck auf Theresa May nimmt zu

Minderheitsregierung mit nordirischen Unionisten noch nicht unter Dach und Fach / Rücktritt von Beratern

**Eine voreilige Erklärung über die Bildung einer Minderheitsregierung, Rücktritt von Beratern und hämische Schlagzeilen: Für May geht es ungemütlich weiter.**

London. Nach ihrer herben Wahlniederlage nimmt der Druck auf die britische Premierministerin Theresa May massiv zu. Der frühere Tory-Finanzminister George Osborne sagte am Sonntag der BBC, Mays Tage seien gezählt, die einzige Frage sei, »wie lange sie noch im Todestrakt« sitze. Anders als zunächst verkündet musste Downing Street am Sonntagmorgen zudem richtigstellen, dass die Bildung einer von der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP) unterstützten Minderheitsregierung noch nicht in trockenen Tüchern sei. »Die Premierministerin hat am Abend mit der DUP gesprochen, um über den Abschluss einer Vereinbarung zu diskutieren, wenn das Parlament kommende Woche seine Arbeit

wieder aufnimmt«, erklärte ein Sprecher. Die DUP erklärte, die Gespräche seien »bislang positiv« verlaufen.

May will nach dem Verlust ihrer absoluten Mehrheit im Unterhaus eine Minderheitsregierung bilden, die von der ultrakonservativen DUP unterstützt wird. Damit hätte sie eine hauchdünne Mehrheit. Mit 318 Abgeordneten fehlen den Tories acht Sitze zur absoluten Mehrheit. Die DUP mit ihren zehn Abgeordneten soll die künftige Regierung stützen. Verteidigungsminister Michael Fallon sagte der BBC, die DUP werde die Regierung lediglich »bei den großen Sachen« unterstützen, etwa beim Haushalt, Verteidigungsfragen und dem Brexit. Eine Zusammenarbeit mit der hochmohobenen DUP ist auch unter Tories umstritten.

Als weiteres Zeichen für Mays Schwächung traten am Samstag ihre Stabschefs Nick Timothy und Fiona Hill zurück. Medienberich-

ten zufolge hatten führende Mitglieder der Tories Mays Verbleib im Amt vom Rücktritt ihrer Stabschefs abhängig gemacht. Bereits am Freitag hatte sie bekannt gegeben, dass ihre fünf wichtigsten Minister im Amt bleiben werden,

**»Ich kann immer noch Premierminister werden. Das geht noch. Absolut.«**

Jeremy Corbyn

darunter Außenminister Boris Johnson und Schatzkanzler Philip Hammond sowie Brexit-Minister David Davis. Am Sonntag teilte Downing Street mit, dass neuer Kabinettschef und de facto Vize-Premierminister der bisherige Arbeitsminister Damian Green, ein enger Vertrauter der Regierungschefin, wird.

In den britischen Medien steht die Premierministerin massiv in der Kritik. »Sie ist erledigt«, titelte die Boulevard-Zeitung »The Sun« am Samstag. »May blickt in den Abgrund« lautete die Schlagzeile der »Times«. »Diskreditiert, gedemütigt, geschrumpft«, schrieb der »Observer« am Sonntag.

Jeremy Corbyn sagte derweil dem »Sunday Mirror«: Ich kann immer noch Premierminister werden. Das geht noch. Absolut.«

Das neu gewählte Unterhaus soll am Dienstag zusammentreten. Am 19. Juni sollen die Brexit-Verhandlungen beginnen. Unklar ist, ob der Termin eingehalten wird. Mays Büro erklärte am späten Samstagabend, die Premierministerin habe in einem Telefonat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bestätigt, dass Großbritannien die Gespräche über den EU-Austritt »wie geplant in den nächsten Wochen« beginnen wolle. Agenturen/nd Seite 7

## Kaserne bleibt nach Rommel benannt

Verteidigungsministerin hält an umstrittenem Namen fest

Augustdorf. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hält beim Bundeswehrstandort im nordrhein-westfälischen Augustdorf am Namen Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne fest. »Die Rommel-Kaserne ist so bewusst benannt worden an einem Jahrestag des Widerstands. Das zeigt, dass Rommel seine Rolle im Widerstand auch gehabt hat«, sagte die CDU-Politikerin am Samstag beim »Tag der Bundeswehr« in Augustdorf.

Die Soldaten und die Gemeinde hätten angesichts der Geschichte beschlossen, die Kaserne weiter Rommel-Kaserne zu nennen. Der Generalfeldmarschall hat sich im Zweiten Weltkrieg mit seinem Einsatz in Afrika einen Namen als »Wüstenfuchs« gemacht. Er wurde damit zu einem wichtigen Bestandteil der NS-Kriegspropaganda. Seine Rolle im militärischen Widerstand ist umstritten. Von der Leyen hatte sich dafür ausgesprochen, Kasernen mit Namen von Wehrmachtsoffizieren gegebenenfalls umzubenennen, allerdings unter Einbindung von Kommunen und Entscheidungsträgern vor Ort. dpa/nd

## Eklat bei Athener Gedenkzeremonie

Griechischer Widerstandskämpfer verteidigt deutschen Botschafter

Athen. Bei einer Gedenkzeremonie für Opfer eines NS-Massakers an griechischen Zivilisten ist der deutsche Botschafter Peter Schoof in eine Auseinandersetzung über Nazi-Verbrechen im Zweiten Weltkrieg verwickelt worden. Die Linkspolitikerin Zoe Konstantopoulou versuchte bei der Veranstaltung am Samstag den deutschen Diplomaten daran zu hindern, einen Kranz für die NS-Opfer von Distomo niederzulegen, wie ein in griechischen Medien veröffentlichtes Video zeigt.

Die frühere Parlamentspräsidentin rief unter anderem: »Sie müssen den Opfern Reparationen zahlen!« und »Sie haben nicht das Recht!«. Der 94-jährige Widerstandskämpfer Manolis Glezos stellte sich jedoch dem Botschafter zur Seite: Er führte Schoof an der Hand, damit er den Kranz ablegen konnte. Die Geste wurde aus dem Publikum mit »Bravo«-Rufen quittiert. »Das Kind eines Verbrechers, was auch immer die Verbrechen seines Vaters oder seiner Mutter seien, ist dafür nicht verantwortlich«, sagte der in Griechenland weithin bekannte Held. AFP/nd

## Bayern pocht auf Schleierfahndung

Innenminister beraten in Dresden

München. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) will bei der Innenministerkonferenz an diesem Montag in Dresden die Ausweitung der Schleierfahndung in den Mittelpunkt stellen. Bei der Schleierfahndung können Personen ohne einen Verdacht oder einen Anlass von der Polizei kontrolliert und in Bayern auch durchsucht werden. Der Freistaat hat die Schleierfahndung 1995 eingeführt, derzeit ist sie in 13 Bundesländern erlaubt, nicht jedoch in Berlin, Bremen und NRW, wo die CDU sie jetzt einführen will.

Herrmann fordert zudem, dass auch Kinder vom Verfassungsschutz beobachtet werden können und dass zumindest Straftäter und »Gefährder« nach Irak abgeschoben werden können. Pro Asyl warf Herrmann vor, von Fehlentscheidungen bayerischer Behörden abzulenken. Potenziell Gewaltbereite gehörten nicht in Asylbewerberunterkünfte. Am vorigen Wochenende hatte ein Flüchtling in einem Asylbewerberheim in Bayern einen Jungen getötet. Der Mann saß bereits wegen Brandstiftung im Gefängnis und trug eine elektronische Fußfessel. Agenturen/nd

ISSN 0323-3375

